

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Aurea Welt" — "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Berater". Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Polzeugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Preußen, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete in Belgien, Polen und Kurland 25.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Die Jahrgangsbilanz des Monatsjahres über deren Raum kostet 2.— M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das jetzige Heft 2.50 M., jedes weitere Heft 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 4.50 M. pro Zeile. Stellen-Befehle in Werber-Anzeigen: das jetzige Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bereinigte Staaten von Europa?

Der Garantievertrag für Frankreich

CC. Cannes, 10. Januar.

Die englische Abordnung hat den Schutzvertrag mit Frankreich in seinen Grundzügen fertiggestellt und ihn bereits den in London verbliebenen Ministern gedrahtet, um deren Zustimmung einzuholen. Ebenso hat die französische Abordnung den Entwurf nach Paris deponiert; sie erwartet die Antwort noch heute früh. Man rechnet bestimmt damit, daß seitens der englischen Regierungsdirektoren keinerlei Widerspruch gegen den Vertrag erhoben werden wird und daß seine Veröffentlichung spätestens morgen, Mittwoch früh, erfolgen kann.

Man spricht schon heute davon, daß dieser Vertrag den Grundpfeiler für die allmähliche Gründung der „Bereinigten Staaten von Europa“ abgeben werde, und erklärt offen, daß das englisch-französische Abkommen nicht allein alle schwebenden Fragen zwischen Frankreich und England ordnen würde, sondern daß sich ihm auch allmählich alle anderen europäischen Nationen anschließen müßten. Man bezeichnet es bereits als einen großen Schritt nach vorn, daß die Völker, die an der Konferenz von Genua teilnehmen wollten, zuvor die Verpflichtung eingehen müssen, kein anderes Volk anzugreifen. Es bestehe somit zwischen den in Genua vertretenen Völkern eine Art Vorvertrag, eine gewisse Föderation, die es sich zur Aufgabe macht, kein europäisches Land anzugreifen. Es würden nicht nur alle territorialen Fragen, die in der Schwebe sind, geregelt werden können, sondern es ließe sich auch ein bedeutungsvoller Schritt für die Wiederherstellung der politischen Stetigkeit und Sicherheit in Europa tun. Die wirtschaftlichen Vorteile, die sich daraus ergeben, wären nach Ansicht der in Cannes anwesenden Delegierten außerordentlich groß.

Briand äußerte zu einem französischen Journalisten: „Die Menschheit hat den Weg der Versöhnung betreten — sie wird ihn weiter beschreiten!“

Die englischen Vorbehalte

Paris, 10. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Cannes meldet zu den Verhandlungen über einen englisch-französischen Garantievertrag, das britische Angebot sei von drei Fragen abhängig:

1. Frankreich müsse sich nicht nur an die internationale Konferenz von Genua für gebunden erklären, sondern müsse auch die von Lord George vorgeschlagene Resolution annehmen;
2. Frankreich müsse eine befriedigende Regelung der Tangierfrage gemäß dem Friedensvertrage annehmen, d. h. die Forderungen, die seit dem Waffenstillstand gestellt worden seien, ausgeben;
3. Frankreich müsse sich mit England hinsichtlich des Vertrages von Ungora einigen.

In einem besonderen Memorandum fordere die britische Regierung noch eine gemeinsame Regelung der Fragen der französischen Unterseebootsflotte. Der Pakt selbst enthalte die Verpflichtung Englands, im Falle eines nicht provozierten deutschen Angriffs Frankreich mit allen feindlichen Streitkräften zu unterstützen, und sichere die Erfüllung der Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages von Versailles. Aus dem englischen Text gehe hervor, daß der Eintritt deutscher Truppen in verbotenes Gebiet nicht ipso facto den Eintritt Englands in den Krieg bedeuten würde. England sei auch frei, den Umständen Rechnung zu tragen und zu erklären, ob nach seiner Ansicht der casus foederis eintrete oder nicht. Ein besonderer Artikel setze fest, daß die Dominions an den Pakt nur in dem Maße gebunden sind, in dem sie ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Außerdem sei die Zustimmung der Parlamente Englands und Frankreichs notwendig, bevor die beiden Länder in den Krieg treten dürften. Ueber die Dauer des Paktes sei noch nichts bestimmt.

London, 10. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Cannes meldet, Lord George sehe noch zu seinem Plan einer militärisch nicht besetzten Zone zwischen Deutschland und Frankreich, deren Neutralität gegen einen Angriff gewährleistet werden solle. Der Oberste Rat habe sich in seiner Sitzung gestern nachmittags 6 Uhr mit einem von Lord George vorbereiteten Entwurf für einen neuen Viermächte-Vertrag beschäftigt, durch den sich England, Belgien, Frankreich und Italien verpflichten, einander gegen einen nicht herausgeforderten Angriff zu unterstützen. Der Plan für ein Sonderabkommen zwischen Frankreich und England sei von Bonomi vorgeschlagen worden. Das Abkommen sei nicht als endgültige Regelung gedacht, sondern als ein Magnet, der später auch die anderen Mächte in Europa anziehen würde. So würde eine Brücke zu den Vereinigten Staaten von Europa geschlagen werden.

Bei den Beratungen in Cannes spielt auch die Bündnisfrage, d. h. das politische Verhältnis der Entente-Mächte untereinander, eine große Rolle. Der Hauptantrieb dazu geht von Frankreich aus, das jede Konzession in der Reparationsfrage sowohl als auch in der Abrüstung zu Wasser und zu Lande von den militärischen Garantien abhängig macht, die ihm die anderen Mächte gewähren. Frankreich verlangt besonders nachdrücklich eine enge militärische Allianz mit England. Auf englischer Seite

widerstrebt man dieser einseitigen Bindung an Frankreich und möchte den Kreis weiter ziehen. Treffen die bis jetzt vorliegenden Meldungen aus Cannes zu, so ist zwischen England und Frankreich bereits ein Schutzvertrag zum Abschluß gebracht, der noch den beiderseitigen Regierungen zur Begutachtung vorliegt und dessen Veröffentlichung in den nächsten Tagen bevorsteht. Es heißt darüber in den Meldungen, dieser Vertrag sei so gehalten, daß er allen anderen Staaten zum Eintritt offen stehe. Er bilde gewissermaßen den Anfangspunkt der „Bereinigten Staaten von Europa“.

Der Wortlaut des Vertrages liegt nicht vor. Es ist deshalb unmöglich, festzustellen, wieviel an dieser Charakterisierung auf das Konto journalistischen Uberschwanges zu legen ist und was an dem Buchstaben und Geist dieses Vertrages tatsächlich zu solchen Hoffnungen berechtigt. Denn um mehr als um Hoffnungen könnte es sich vorläufig nicht handeln. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß sich unter dem Druck der Tatsachen entscheidende Wandlungen in der europäischen und weltpolitischen Führung anbahnen. Dafür haben die letzten Tage und Wochen genügend Beweise geliefert. Aber man darf auch nicht vergessen, daß die Idee der „Bereinigten Staaten von Europa“, die zuerst von Sozialisten ausgesprochen und propagiert wurde, in dem politisch und wirtschaftlich zerrissenen Europa auf schwere Hemmnisse stößt. Wenn sie heute von den Regierungen kapitalistischer Staaten aufgenommen wird, so kann man darin unzweifelhaft eine Anerkennung der Grundzüge sozialistischer Politik feststellen. Die Verständigung der europäischen Völker untereinander hängt heute noch an ganz dünnen Fäden, die mühsam geknüpft werden und durch vielerlei Interessengegenstände beschwert sind. Jede wirkliche Gemeinschaft der europäischen Nationen hat aber als eine der wichtigsten Bürgschaften die Erstarkung und den Zusammenschluß der internationalen Arbeiterbewegung zur Voraussetzung.

Das endgültige Projekt für Genua

Cannes, 9. Januar.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet: Die alliierten Minister haben heute nachmittags endgültig das in Paris ausgearbeitete Projekt betreffend die Errichtung eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beauftragten Konföderations festgelegt. Zwei Pläne wurden vorgelegt, der eine, britischen Ursprungs, sah die Bildung einer Gesellschaft mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling vor. Dieser Plan hatte den Nachteil für die Völker mit schlechter Valuta, daß er ihnen Verluste durch den Wechselkurs auferlegte. Loucheur seinerseits hatte die Bildung einer Hauptgesellschaft mit einem beschränkten Kapital von nur zwei Millionen Pfund Sterling vorgeschlagen, an welche in den verschiedenen interessierten Ländern Tochtergesellschaften angeschlossen werden sollten, deren Kapital in der Währung des Landes gezeichnet werden sollte, für Frankreich also in Francs, für Italien in Lire usw. Auf diese leichtere Kombination hat man sich endgültig festgelegt. Sie bietet den doppelten Vorteil, die Verluste durch den Wechselkurs zu vermindern und den Gruppen der verschiedenen Nationen die Möglichkeit zu lassen, ihre Tätigkeit gemeinsam in den Ländern weiterhin auszuüben, in denen ihre Interessen besonders engagiert sind. Die Hauptgesellschaft wird ihren Sitz in London haben und den englischen Gesetzen unterstehen.

Morgen wird der Vertrag festgesetzt werden, den jede der an dem Konföderation zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beteiligten Mächte beizusteuern hat. Mitglieder des Konföderations sind Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan.

Rußland nimmt die Einladung an

Ein Telegramm Tschitscherins

Cannes, 9. Januar.

Tschitscherin hat folgendes Telegramm an den Obersten Rat in Cannes gerichtet:

„Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung die Einladung zu der europäischen Konferenz an, die für nächsten März einberufen wird. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses wird die Wahl der russischen Delegation vornehmen und wird ihr ausgedehnte Vollmachten übertragen. Auch wenn der Präsident des Rates der Volkskommissare Lenin durch seine bisherigen Arbeiten, und insbesondere wegen der Hungersnot, verhindert sein sollte, Rußland zu verlassen, so wird in jedem Falle die Delegation sowohl durch ihre Zusammensetzung wie durch die Ausdehnung ihrer Befugnisse dieselbe Autorität besitzen, als wenn der Bürger Lenin an ihr teilnähme. Nichts wird also auf jeden Fall von Seiten Rußlands ein schnelles Arbeiter der Konferenz behindern.“

Banken gegen Sparkassen

In den Verhandlungen des Besteuerungs-Ausschusses des Reichstages hat sich die Deutsche Volkspartei zur Trägerin der Bestrebungen gemacht, die Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden, wenn sie mit Privatbetrieben in Konkurrenz stehen, mit der gleichen Steuerleistung zu belasten. Da dieses Verlangen eine völlige Verkenning des gemeinsamen Charakters dieser Unternehmungen darstellt, und wegen der Konflikte, die sich bei einer Besteuerung zwischen den einzelnen öffentlichen Körperschaften ergeben würden, hat die Mehrheit des Ausschusses diesem Verlangen der Deutschen Volkspartei nicht entsprochen. Dagegen fand beim Körperschaftssteuer-Gesetz ein Antrag Annahme, die Sparkassen und Bankunternehmungen, die von Gemeinden betrieben werden, in gleicher Weise wie Erwerbsgesellschaften zur Steuerleistung heranzuziehen, wenn sie auch andere als die beim Sparkassenbetriebe üblichen Geschäfte vornehmen.

Dieses Vorgehen der Deutschen Volkspartei entspringt dem Bestreben der Banken nach Befreiung einer ihnen unbedeutenden Konkurrenz. Denn auch die Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Banken und Bankiers, die am 10. Dezember getagt hat, hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ein solches steuerliches Vorgehen gegen die Sparkassen gewünscht. Zur Begründung dieses Vorgehens dienen, wie immer in solchen Fällen, die angeblich bedrohten allgemeinen Interessen. Man sollte deshalb beiseite nicht glauben, daß die Banken irgendwie die Absicht haben, die Sparkassen und Girozentralen zu schädigen. Angeblich wollen sie ihnen nützen und die für sie hasißbaren Gemeindevorstände, bzw. die Steuerzahler nur vor Schaden bewahren!

Da ihnen diese Behauptungen aber wohl kaum geglaubt werden, so verweisen sie auf die hier und da vorgekommenen Mißgriffe in der Geschäftshandhabung der Sparkassen, auf die unzulässigen Anregungen einiger kleiner Sparkassen an ihre Sparer zur Teilnahme an der Spekulation usw. Die Richtigkeit aller dieser Angaben vorausgesetzt, wird doch kein Mensch zugeben können, daß durch den Weg, den die Banken zur Abstellung dieser Mißstände vorschlagen, die Mißstände irgendwie beseitigt oder bekämpft werden. Wie soll denn dadurch, daß die Sparkassenstellen dieselben Steuern bezahlen wie die Banken etwas an der Spekulation geändert werden? Ist doch die Spekulation bei den Banken trotz der Besteuerung riesengroß und jedermann weiß, daß, solange die schwankenden Verhältnisse im Wirtschaftsleben bestehen bleiben, auch die größten Steuern die Spekulation nicht austrotten werden.

Die steuerlichen Lasten der Sparkassen werden also die Mißstände bei den Sparkassen keineswegs beseitigen. Ein viel besseres Mittel dafür wäre die Verschärfung der Aufsicht durch die Organe des Staates, wenn nicht schon, wenigstens in den allermeisten Fällen, durch die Verantwortung der Gemeinden und ihr Interesse an der Vermeidung jeglicher Erschütterung in dem Sparkassenwesen ein genügender Zwang zur reellen Betriebsführung ausgeübt würde. Da die Banken aber von diesem Wege gar nicht sprechen, allen Nachdruck vielmehr auf die gleichmäßige Steuerbelastung legen, so ist der Eindruck unvermeidbar, daß es ihnen viel weniger um die Befreiung von Mißständen, als um die Befreiung einer ihnen unbedeutenden Konkurrenz zu tun ist.

Wenn sich der Zentralverband Deutscher Banken und Bankiers in der Erwartung auf Angriffe gegen seine Haltung in seinem Kampf gegen die Sparkassen auch auf den verstorbenen sozialdemokratischen Parteiführer Paul Singer beruft, so ist das alles andere als einwundfrei. Wir sehen ganz davon ab, daß sich seit damals die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Aber zwischen dem damaligen Standpunkt Paul Singers, der der Umwandlung der öffentlichen Sparkassen aus gemeinnützigen Spareinrichtungen zu geschäftlichen Erwerbsunternehmungen ablehnend gegenüberstand, und dem von uns heute eingenommenen Standpunkt besteht durchaus kein Unterschied. Niemand will, daß die Sparkassen geschäftliche Erwerbsunternehmungen werden. Es handelt sich jetzt nur darum, daß ihnen die Ausübung auch anderer, dazu gebräugter Sparkassengeschäfte ohne steuerliche Belastung überlassen werden muß, wenn sie im Interesse ihrer Träger, der Gemeinden und ihrer Einrichtungen, notwendig sind. Ihr gemeinnütziger Charakter mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen aber soll bleiben.

Der Feldzug, den die Banken jetzt gegen die Sparkassen unternehmen, ist umso unberechtigt, als die Sparkassen nicht nur die Einrichtungen des kleinen Mannes sind und die Förderer der schwierigen Erfüllung der Kreditbedürfnisse der Gemeinden, sondern weil sie auch in der Vergangenheit durch die Erfüllung dieser Aufgaben großer Belastung ausgesetzt worden sind. Die Sparkassen, die gewöhnlich verpflichtet sind, ihre Gelder in sogenannten mündelsicheren Papieren anzulegen, sind während des Krieges, dazu gedrängt worden, in großem Umfang ihre Gelder für die Kriegsanleihe zu veräußern. Gewaltige Verluste haben sie dadurch erlitten, Verluste, die um so schwerer auf den Sparkassen und ihren Trägern, den Gemeinden, lasten, als die Gewinnmög-

schleiten der Sparfassen ohnedies außerordentlich gering sind.

Es besteht deshalb die Gefahr, daß das Verlangen der Banken nach neuen steuerlichen Belastungen der Sparfassen nicht nur diese selbst schädigt, sondern auch ihre Träger, die Gemeinden. Der Konkurrenzsucht der Banken darf deshalb keine Konzession gemacht werden.

Kein Steuerkompromiß

Die „Vossische Zeitung“ möchte sich um das Zustandekommen eines Steuerkompromisses besonders verdient machen. Sie brachte daher in der letzten Zeit täglich sehr unterrichtet klingende Meldungen über den Stand dieser Angelegenheit und ließ dabei immer die Hoffnung durchblicken, daß aus dem Kuhhandel doch noch etwas werden möchte. So schrieb sie am Freitag der vorigen Woche, es sei trotz aller Hindernisse doch wahrscheinlich, daß die sozialistischen Parteien von ihrer Forderung nach Besteuerung der Sachwerte absehen würden, wenn gewisse direkte Steuern etwas härter herangezogen werden. Ein Kompromiß sei auf diesem Wege also doch noch möglich.

Wir haben darüber berichtet und schrieben dazu sofort, daß wir nicht glauben, daß die sozialistischen Parteien die Forderung nach der Erfassung der Sachwerte zugunsten eines Steuerkompromisses preisgeben. Daß wir der „Vossischen Zeitung“ diese Antwort im Namen unserer Partei geben konnten, war sicher. Nun aber schreibt auch der „Vorwärts“ zu der Angelegenheit folgendes:

„Von all den Dingen, über die die „Vossische Zeitung“ berichtet, ist kein einziges Wort wahr. Sämtliche Feststellungen sind frei erfunden. Wir betonen auch heute nochmals, daß die Haltung der Sozialdemokratie nach wie vor die alte ist und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keineswegs daran denkt, von ihrem bisherigen Standpunkt in bezug auf die Steuerfragen irgend etwas aufzugeben.“

Diese Erklärung des rechtssozialistischen Blattes kommt gerade zur rechten Zeit, denn heute vormittag haben abermals Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien über die Steuerprobleme und ihre Lösung stattgefunden. Vor dem Zusammentritt des Steuerausschusses des Reichstages zu einer gemeinsamen Sitzung, der heute um 2 Uhr stattfand, hat der Reichsfinanzminister noch einmal mit Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokraten und Demokraten verhandelt. Die innerhalb der Koalitionsparteien strittigen Fragen stellt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ so dar:

„Innerhalb der Koalition gipfeln die Hauptgegenstände zwischen Zentrum und Sozialdemokratie vornehmlich in der Erfassung der Sachwerte“ und der Besteuerung von Grundstücken nach dem „gemeinen oder dem Ertragswert“. Namens des Zentrums hat sich besonders der Abg. Herzold ganz entschieden gegen die Besteuerung nach dem gemeinen Wert ausgesprochen.

Die Rechtssozialisten haben also wiederum Gelegenheit, ihre Standhaftigkeit zu beweisen.

Die Vorgänge

in der Sonnenburger Strafanstalt

Zu unseren heutigen Mitteilungen über die Vorgänge in der Sonnenburger Strafanstalt erhalten wir von vertrauenswürdiger Seite noch folgenden Bericht:

„Fünf politische Gefangene wurden von Lichtenburg nach Sonnenburg gebracht. Hier sollten sie voneinander getrennt werden, nachdem sie zuvor in einer gemeinsamen Zelle untergebracht waren. Sie weigerten sich, diesem Befehl Folge zu leisten und baten, sie nicht voneinander zu trennen; sie hätten miteinander zusammen gelitten und wollten auch weiter zusammenbleiben. Um den Widerstand zu brechen, drangen der Hauptwachtmeister Schulz und der Wachtmeister Wolf in die Zelle der fünf Gefangenen ein und mißhandelten sie auf das brutalste. Das hatte zur Folge, daß sämtliche Insassen der Anstalt in Aufregung versetzt wurden. Sie

verlangten energisch in einer Beschwerde eine Untersuchung der Angelegenheit. Diese Untersuchung wurde von der Oberstaatsanwaltschaft in Berlin eingeleitet. Der Oberinspektor der Anstalt erklärte bei dieser Untersuchung ehrenwörtlich, daß keine Mißhandlungen vorgekommen seien! Diese Ableugnung der nach Meinung sämtlicher Anstaltsinsassen feststehenden Tatsache steigerte die Erregung derart, daß sie sich weigerten, ihre Arbeiten weiter zu verrichten. Sie verlangten, daß der Vorfall von den Behörden volle Aufklärung und Sühne finde.“

Auch wir sind der Meinung, daß für volle Aufklärung und Sühne der Sonnenburger Vorgänge gesorgt werden muß. Wie im Lichtenburger Falle kann auch hier nur eine parlamentarische Untersuchungskommission die volle Wahrheit ermitteln.

Warum schweigt Dr. Heim?

„Das Neue Volk“ in Würzburg, Organ der Christlich-sozialen Partei Bayerns, einer Abspaltung der Bayerischen Volkspartei, welche die Verbindung mit der Zentrumspartei des Reiches aufrecht zu erhalten sucht, liegt seit langem im Kampfe mit den partikularistischen Bestrebungen der Richtung Heim in Bayern und den separatistischen Treibern des Dr. Dörten im Rheinland. Das Blatt veröffentlicht seit dem 20. Dezember fortlaufend eine Reihe von Dokumenten, die, wenn sie echt sind, das größte Aufsehen hervorrufen müssen. Es handelt sich auf der einen Seite um Bekundungen eines gewissen Eichhorn, früheren Führers der pfälzischen Sonderbündler, und auf der anderen Seite um Berichte des Dr. Dörten an General Mangin.

Das wichtigste an den besprochenen Veröffentlichungen ist die Darstellung, die Dörten dem General Mangin von den Absichten und der Taktik des Herrn Dr. Heim gibt. Er behauptet, Heim sei „im Prinzip durchaus bereit, sich mit Frankreich zu verständigen“, wolle aber nach außen hin peinlichst alles Kompromittierende vermeiden. Dörten warnt deshalb davor, durch den französischen Gesandten in München, Herrn Dard, Verbindung mit Heim zu suchen. Er selbst werde diese Verbindung aufrecht erhalten. Er habe auch Böhmer veranlaßt, sich an die Spitze der Bayerischen Volkspartei zu stellen, um diese zu einem Stoßtrupp zu machen, der Heim immer wieder zum Handeln antreibe. Da er mit beiden in ständiger Fühlung stehe, bleibe die gemeinsame Direktion gewahrt, und mit dieser Regelung seien sowohl Heim wie Böhmer einverstanden.

Einem der Dortenschen Berichte ist das Protokoll einer Unterredung zwischen Dr. Heim und dem mit Dörten befreundeten Prinzen Jenburg vom 22. August 1920 beigegeben. Daraus geht hervor, daß Dr. Heim als Gegenleistung für seine Unterstützung der französischen Auflösungspläne in Deutschland die Duldung der bayerischen Einwohnerwehr gefordert habe. Es wird dann in dem Protokoll folgende Behauptung aufgestellt:

„Dr. Heim erklärt ausdrücklich, daß die Vorsehung des für den Föderalismus in Frage kommenden Gebietes durch Ententruppen wünschenswert sei, wobei Bayern den Schatz seines Gebietes selbst übernehmen könnte.“

Obwohl diese Veröffentlichungen des „Neuen Volk“ in der „Frankfurter Zeitung“ bereits am 1. Januar einem größeren Kreise zugänglich gemacht worden sind, hat Dr. Heim bis heute kein Dementi gegen diese Behauptungen ertönen. Man wird deshalb die Veröffentlichungen des „Neuen Volk“, soweit sie Heim betreffen, als wahr unterstellen dürfen. Die Wandlungsfähigkeit dieses Politikers scheint deshalb ebenso groß zu sein wie seine Unbedenklichkeit, die Einheit Deutschlands und die Freiheit seines Gebiets zugunsten der bewaffneten Einwohnerwehren preiszugeben.

Es ist bezeichnend, daß der bürgerliche Blätterwald zu dieser Kompromittierung eines in den Kreisen des Bürgertums so angesehenen Politikers vollkommen schweigt. Landesverrat, wenn er von bürgerlicher Seite zugunsten des Reiches oder seiner Interessen begangen wird, ershien ja diesen Leuten noch nie antuschig.

Also doch hohe Kartoffelpreise

Die V. V. A. hatten berichtet, daß die Absicht bestehe, die Kartoffelpreise demnächst auf 140—150 M. für den Zentner zu erhöhen. Der Reichsernährungsminister hat das, wie wir in unserer Morgenausgabe berichtet, bestritten. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Agrarier, nimmt mit Bestriedigung von dieser Abwehr der Angriffe gegen die Landwirtschaft durch den Ernährungsminister Kenntnis, schreibt aber dazu:

„Wenn das Ministerium heute auf den Novemberpreis hinweist und diesen aus der Geldentwertung und Verteuerung rechtfertigt, so hätte es naheliegen, festzustellen, daß diese Momente inzwischen in verstärktem Maße weitergewirkt haben, und daß unter ihnen die Landwirtschaft nicht zu leidet — es braucht nur an die erhöhten Gütertarife erinnert zu werden — empfindlich zu leiden.“

Das heißt, daß die Landwirtschaft den noch die Absicht hat, auf irgendeinem Wege zur Erhöhung der Kartoffelpreise zu kommen, und zwar unter Berufung auf die Geldentwertung, die seit November „in verstärktem Maße weitergewirkt“ habe. Es scheint also doch richtig zu sein, daß sich die pommerischen Grundbesitzer bereits um die Erhöhung der Kartoffelpreise bemühen. Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint auch mit einem Erfolg dieser Bemühungen zu rechnen, denn sonst würde sie nicht in so offener Form auf die kommende Erhöhung der Preise vorbereitet. Der ahnungslose Ernährungsminister weiß also Bescheid! Er ist gewarnt! Was gedenkt er zu tun?

Die ortskundige Reichspost

Wer etwa der Ortskunde und der staatspolitischen Sachkunde der Reichspostbehörde skeptisch gegenübersteht, mag sich durch nachfolgende Tatsachen eines besseren belehren lassen.

In der Abteilung II der von der Reichspostbehörde herausgegebenen „Zeitungspreisliste 1922“ findet sich unter Provinz Hessen-Nassau die Oberpostdirektion Frankfurt, auch die D. P. D. Minden, soweit sie die Grafschaft Schaumburg umfaßt, aber von der immerhin doch auch ein wenig bedeutsamen D. P. D. Kassel spürt der verechliche Leser an dieser Stelle keinen Hauch. Will er sie finden, muß er schon einige Dutzend Seiten weiterblättern, worauf ihm unter Freistaat Hessen-Nassau, D. P. D. Kassel, das Glück beschieden ist, die vertrauten Orte des nördlichen und westlichen Hessens zu entdecken. Hieran schließt sich unter dem gleichen Oberbegriff die D. P. D. Darmstadt (für den wirklichen Freistaat Hessen), die D. P. D. Karlsruhe (für den Ort Wimpfen) und die D. P. D. Erfurt für den Kreis Schmalkalden an.

Ein Freistaat Hessen-Nassau existiert nicht. Wimpfen gehört zu Baden; Erfurt zu Preußen; Darmstadt zum Freistaat Hessen; Kassel zur preussischen Provinz Hessen-Nassau. Nach diesen Proben wird wohl niemand mehr wagen, in dieser Hinsicht der Reichspostbehörde auch nur den geringsten Vorwurf zu machen.

Kleine Nachrichten

Von einer Verfahrt zurück. Der Vorsitzende der kommunistischen Stadtratsfraktion in Nürnberg, Fritz Habermeyer, ist wieder zur U. S. V. zurückgekehrt. Habermeyer war bei der Spaltung 1920 zur kommunistischen Partei gegangen und befeidete dort in der letzten Zeit das Amt eines Vorstehenden dieser Partei für Nordbayern.

Buchverbot im besetzten Gebiet. Die Rheinlandkommission hat jochen in dem besetzten Gebiet den Roman „Hermann Land“, die Schrift „Offener Brief an einen Franzosen“ von Otto Ernst, das Buch „Unbesiegt“ und das Fest „Geschändete deutsche Frauen“ verboten. Sie war der Ansicht, daß diese Veröffentlichungen der Würde und der Sicherheit der Besatzungstruppen schaden.

Die neue Saar-Stadt. Die jetzt erst zur Stadt erhobene zweitgrößte Gemeinde des Saargebietes, Reun kirchen, zählte nach der letzten Volkszählung 37 707 Einwohner, wovon 32 012 auf das bisherige Dorf Reun kirchen, 2060 auf Niederneunkirchen (den ehemals stummischen Hüttenbezirk) und 400 auf Kohlhof entfallen. Die Gemarung umfaßt 3768 Hektar oder rund 15 000 Morgen.

Der Film am Dienstag

„Die Nacht der Presse...“

Im Glashaus kann das Steinehen eines Laufjagers, besonders wenn dieser es von einer Nebelkondensprobe aus schmeißt, empfindlichen Schaden anrichten. Aber nicht etwa die Ausübung dieser Tätigkeit macht den Lebensweg bestimmter „Pressevertreter“ aus, sondern die Fähigkeit, aus diesem Lebensweg eine Waffe zur Erpressung von Lebensmitteln zu schmieden. Unsere Umfrage bei einigen Filmfabrikanten ergab, daß zahlreiche Berliner Journalisten eine solche Waffe zu schmieden und zu schwingen versuchen: Sie reichen unbrauchbare Filmanuskripte ein und drohen für den Fall der Ablehnung mit der „Nacht der Presse“. Den eingeschüchterten Filmfabrikanten, hauptsächlich den schwächeren unter ihnen, bleibt nichts übrig, als in den Ausgabebetriebe eine hübsche Summe mitzubringen, womit man den erwähnten „Pressevertretern“ den Mund stopft, indem man ihnen die Ware abtauscht, ohne sie an deren Wertung denken zu können. So lagern in den Film-bureaus ganze Haufen von Manuskripten dieser Herkunft nebst den kennzeichnenden Begleitschreiben, doch kein Filmfabrikant ist zu bewegen, uns etwas Meinung des Augiasstalls Einblick in das Material zu gewähren. „Es ist ja sehr schön von Ihnen“ — sagen die Filmfabrikanten — „daß Sie uns gegen den Anflug schützen wollen, aber die Unterstützung durch die „Freiheit“ allein kann uns doch bei weitem nicht so viel nützen, wie die anderen uns schädigen können!“

Da muß dem Direktor einer neugegründeten Filmgesellschaft das Wasser schon ordentlich bis über die Gurgel hinauf gestiegen sein, wenn er sich entschließt, um Hilfe zu rufen und uns den an ihn gerichteten Brief eines Journalisten, namens Johann Hermann Wille, zur Verfügung zu stellen. Die charakteristischen Stellen des Briefes lauten:

„... Sie sind im Begriffe, durch einen gewaltigen Filmkonzern zur Höhe zu schreiten, und können über einen Strohhalm stolpern, weil Sie in Ihren bisherigen Berechnungen nicht die Macht der Presse mitveranschlagt haben... Sie bedürfen dringend eines Dramaturgen... dessen Arm auch weit in die Redaktionen hineinreicht... Nur so werden Sie Ihr hochgestecktes Ziel erreichen und dabei vor unliebsamen Ueberraschungen durch Presseangriffe geschützt sein... Heute — das kann ich ohne Ruhmbegierde sagen — ist ein Millionär ein armer Mann gegen mich, wenn er mir verdienstmäßig nur die Feder kommt. Nicht nur, daß ich ein angesehenes Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“ und anderer maßgebender Blätter bin, mein Einfluß erstreckt sich auch auf die sogenannte Sensationspresse... Ich halte Sie und Ihre Dira für die geeigneten Persönlichkeiten zur Durchführung meiner Filmbildung und schlage Ihnen vor: Die „Atlantik-Film-G.m.b.H.“ erwidert von mir

beide Manuskripte als furbelrele Szenarien für insgesamt 50 000 Mark... Was ich sonst noch an Ihrer Seite bedeuten würde, wird Ihnen nach dem Vorgefallenen zur Genüge klar sein. Ich werde meinen Geschäftsfreund und seinen Filmstar gegen die etwaige Gefahr öffentlicher Angriffe zu schützen wissen. Ob berechtigt oder unberechtigt, fatal sind sie immer, sie stören das Geschäft, und es gibt im Menschenleben so manches, was besser zugebedt bleibt. Sie sind kein Philantrop und ich auch nicht, einzig sind wir uns darin, daß Standale vermieden werden müssen. Jedenfalls mache ich mich für den großzügigen Filmindustriellen mehr als bezahlt, weil ich eine Nacht bin... Ich möchte mir nur noch die Bemerkung gestatten, daß ich mir meines Wertes wohl bewußt bin und nicht mit mir handeln lasse... hier ist es für beide Teile gleich wertvoll, daß eine rasche Entscheidung fällt... Einmal entschlossen, meine Pressebeziehungen in dieser Hinsicht zu verwerfen, wird mich noch mancher aus der Filmbranche suchen.“

Es gibt im Menschenleben so manches, was besser zugebedt bleibt, und dazu gehört zweifellos auch dieser Brief. Das zu beweisen, liegt nicht immer in der Macht des langen Arms, der weit in die Redaktionen hineinreicht und erst recht nicht, wenn es sich weniger um einen langen Arm als um lange Finger handelt, die nach den Taschen der Filmfabrikanten tappen. Und schon gar nicht, wenn diese Finger eine Klaue sind, die sich nicht sträubt beim Niederschreiben des Satzes: „Einmal entschlossen, meine Pressebeziehungen zu verwerfen, wird mich noch mancher aus der Filmbranche suchen.“ Was der „angesehene Mitarbeiter“ der „Täglichen Rundschau“ und anderer maßgebender Blätter sonst noch ohne Ruhmbegierde sagen kann, ist, daß seine moralische und geistliche Minderwertigkeit von seiner Dummheit vielleicht noch übertrifft werden.

Und das gesteht er auch tatsächlich ein! Auf meine Vorwürfe erwiderte er, er sei sich „keiner Schledichtigkeit bewußt, es wäre nichts weiter als nur eine Dummheit gewesen, einem unzuverlässigen Filmdirektor einen so vertrauensvollen Brief zu schreiben, und hätte ich nur ahnen können, daß der Mann einer Indiskretion fähig ist, dann hätte ich meinen Brief doch keineswegs so gefaßt!“ Mit einer solchen Dummheit kämpfen ganz bestimmt selbst die Götter vergebens, wie sollte die Filmindustrie mit ihr fertig werden?

Dosio Koffler

Neues vom Film

Am Sonntag, den 22. Januar, nach 5 Uhr, veranstaltete das Freigewerkschaftliche Jugendorchester in der Stadthalle Berlin C, Altes Theater, 47-50, einen Konzil- und Lichtbildvorstellung unter Mitwirkung des Mannorchesters „Alpenia“, Dirigent des O. U. S. R. Programm: I. Teil: Lebensläufe bei der Arbeit — Händlung im Neb — Erblühende Wägen u. a. II. Teil: Naturstudien (Grüßling, Sommer, Herbst, Winter) III. Teil: Bilder aus der Arbeiterbewegung. Die beginnendsten Vorstellungen werden durch Vertretung erleuchtet. Einlaß 5 Uhr. Beginn 5 1/2 Uhr. Eintrittspreise von 20 bis 5 M. Red. 10 M. Generalkassendirektor Berlin und Umgebung, Engelstr. 21-23, Zimmer 15, in den Jagendkassendirektor des Transportarbeiter-Vereins, Zimmer 15, des Metallarbeiter-Vereins, Berlin C 24, Linienstr. 25-26.

Sachverständig!

Von Klaus Kuntz (Königsberg)

Seit ein paar Monaten werden im Königsberger Stadttheater wieder Opernvorstellungen gegeben. Man hört überall in der Stadt lebhafteste Freude äußern über die Wiederaufnahme der Opernvorstellungen und man erfährt, daß die Königsberger unter dem jahrelangen Verlust der Oper sehr litten, weil sie besonders musikalisch- und kunstschaffend sind.

Nach dem Krieg erschien nämlich den Königsberger Stadtältern die Musik ein zu kostspieliges Vergnügen, Opern verschwanden vom Spielplan, man setzte Lustspiele und Possen an ihre Stelle, und wenn die Volksbühne nicht ehrlich und energisch das Stadttheater sankt hätte, wäre das Haus überhaupt geschlossen worden, weil der Magistrat nicht den Mut hatte, genügend Geld zur Unterhaltung des Stadttheaters zu geben. Als nun vor einiger Zeit ein Königsberger Konzortium auf seine Kosten im Stadttheater die Opernvorstellungen wieder einführt, forderte die Volksbühne, weil sie einst das Stadttheater gerettet, für ihre Mitglieder das Recht auf eine Anzahl von Plätzen zu ermäßigten Preisen, an bestimmten Abenden der Woche. An so einem Abend, an dem Proletarier und Bürgerproben zusammen im Parkett saßen, war auch ich im Stadttheater. Auf dem Programm stand Wagners „Lohengrin“.

In den ersten Reihen die Bourgeoisie, breit, behäbig, laut, lärmend fast, höchst ungerüst, unverkämmt beinahe. Weiter hinten Arbeiter mit ihren Frauen und Töchtern, still, ernst, und in andächtiger Erwartung. Vor mir sah eine feiste, fette Bürgerfrau.

Mit der Logenette, die ihr schwammiges Gesicht nicht gerade fleischer machte, fixierte sie die Arbeiterfrauen und mit einer Stimme, in der grenzenloses Erstaunen und abgrundtiefe Verachtung zugleich steckte, sagte sie zu ihrem Begleiter: „Au sich die bloß man die Weiber da hinten an! In was für'n Aufzug kommen die ins Theater! Ach, ach, was hab'n die für Kleider und Hülsen an? Erbarmung, die sind am End' aus 'm vor'gen Jahrhundert!“ Und sie setzte sehr selbstbewußt und zufrieden in ihrer leidenschaftlichen Eleganz über die bescheidenen Kleider der Proletarierfrauen.

Ihr Begleiter wendete den Kopf und betonte — das Klang, als wenn er etwas Schöbigeres und Schmutzigeres weit von sich werfe —: „Na ja! Das Paß ist doch heit' überall da, wo was los ist!“

Man konnte aus dieser geistreichen Bemerkung ohne sonderlich Schwierigkeiten den Schluß ziehen, daß ein Sachverständiger vor einem sah! — Der Saal wird dunkel, die Ouvertüre beginnt. Neben mir staunt jemand, dessen Brillantringe ich vorhin klar fassungslos angestarrt hatte:

„Nanu? So das was Reies? Die spiel'n wohl jetzt ganz irr Dunkel! Man kann ja nicht seh'n! Erbarmung! Dazu geb' ich doch feix Geld aus!“

Gegen die militaristische Reaktion

Parteitag in Leipzig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Leipzig, 10. Januar.

Die Dienstagsführung brachte nach einer Rede Dignanns eine bedeutsame Kundgebung. Der erst kürzlich aus der Haft entlassene Genosse Nielisch-Augsburg gab ein eindrucksvolles Bild von den gewaltigen reaktionären Strömungen in Bayern, die sich nicht nur in der Belämpfung der Arbeiterklasse zeigen, sondern auch in den Bestrebungen nach Anschluß an Frankreich. Im Namen der französischen Partei antwortete ihm Genosse Grumbach-Paris. Es war ein Symptom für die tiefe Uebereinstimmung auch in dieser Frage zwischen den französischen und den deutschen Arbeitern, daß Grumbach in derselben Sprache antwortete und dieselben Gedanken vortrug. Die französischen Arbeiter wissen, daß nicht mehr Preußen, sondern Bayern der Hort der Reaktion ist. Sie kennen auch den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die Orgeß und wissen solche Vorfälle wie Haidenau als Einzelfälle zu würdigen. Als Grumbach hierbei schilderte, welche wertvolle Unterstützung in ihrem Kampfe gegen den französischen Militarismus sie durch die vollständige Veröffentlichung der Dokumente über die Vorgänge in Haidenau durch den Genossen Lipinski erfahren haben, fand er die stürmische Zustimmung des Parteitag.

Sodann sprach Genosse Hilferding. Er gedachte zunächst der gewaltigen geschichtlichen Entscheidung, die jetzt in Cannes vor sich geht und durch die die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie glänzend gerechtfertigt sei. Darauf wandte er sich der Frage der Einigung zu. Opfer an Gefinnung und Vernunft dürfe sie nicht bringen, auch kein Opfer an Ueberzeugung. Aber das sei auch nicht zu befürchten. Unsere Ueberzeugung entspricht ja den Interessen der Arbeiterklasse. Hilferdings Ausführungen wurden oftmals von Beifall unterbrochen, und er fand auch am Schluß seiner Ausführungen die stürmische Zustimmung des Parteitag.

Nach Hilferding folgten die Genossen Rosenfeld und Künstler. Der ausführliche Sitzungsbericht folgt in der Morgenausgabe.

Rein gutes Zeichen

Die „Vorwärts“-Redaktion hat ihren Kollegen Victor Schiff als Korrespondenten zum Parteitag nach Leipzig geschickt. Wenn wir aus seinen bisherigen Leistungen in seinem Amte schon einen Schluß auf den Charakter seines Gesamtwerkes ziehen dürfen, so war die „Vorwärts“-Redaktion dabei schlecht beraten. Schiff untersucht jeden Satz, der in Leipzig gesprochen wird, nur darauf, ob er eine mehr oder weniger scharfe Spitze gegen die Rechtssozialisten enthält. Im übrigen aber versteht er keine eigenen Darstellungen der Vorgänge auf dem Parteitag mit reichlichen Spitzen gegen Personen und Gruppen von Persönlichkeiten unserer Partei. Was soll es heißen, möchten wir fragen, wenn er schreibt, eine Rede der Genossin Fiebig habe die „weiterbreitete Ansicht, daß die stärksten Widerstände gegen die Einigung von den Kreisen der gegenwärtigen Parteileitung der U.S.P. ausgehen“, bestätigt?

„Weiterbreitete Ansichten“ bezeichnete man beim verflochtenen preußischen Kommiß — nicht schön, aber treffend — als Paroxysmenparolen! Legt der „Vorwärts“ Wert auf ein solches Niveau?

Im übrigen: Gestern Abend schrieb Schiff über den Beifall, der der Rede Friß Adlers gezollt wurde:

„Der demonstrative Beifall, der ihm besonders von den maßgebenden Führern des Vorstandes der USPD, gezollt wurde,

Von den hinteren Reihen nach man entrüstet: „Auch!“, und: „Unverschämtheit!“, „So 'ne Schmeichelei!“ reicht man den „Proleten“ von den vorderen Plätzen prompt zurück. — Dann geht der Vorhang hoch und alles ist still im Saal.

Aber plötzlich, als Lohengrin bittet, beschwört: „Nie sollt du mich befragen!“, platzt die feiste, fette Bürgerfrau in der Reihe vor mir heraus: „Achott, achott, wenn sie ihn doch bloß nich' frag'n mecht!“

Jetzt wußte ich, daß die Behauptung, die Königsberger seien besonders musikalisch und kunstschaffend, bestimmt wahr ist und ihren Wert in sich hat.

Strindberg-Abend. Einen Strindberg-Abend gab es am Sonnabend im Stadttheater. Einem Strindberg-Abend gab es am Sonnabend im Stadttheater. Es ist nicht leicht, die verwickelten Winkelzüge eines raffiniert psychologischen Kammerstückes, wie es „Der Scheiterhaufen“ ist, den vollkommensten Ausdruck zu geben. Voll ergreifender Tragik war nur die letzte Szene, wo Bruder und Schwester freiwillig in den Tod gehen, in den sie die herzlose, schwächungsüchtige Mutter getrieben hat.

Sehr gut gelungen war der Einakter „Varia“. Fast vollkommenes Spiel, keinen Augenblick nachlassende Spannung. Bis auf das Kleinste durchdacht. Die Namen der Schauspieler sind Försch und Kevn. Man muß sie sich merken. Die Problemstellung und Führung ist Strindbergisch-kriminalpsychologisch. Man muß hingehen, um allein dieses Stück zu sehen. Nur schade, daß es dem „Scheiterhaufen“ vorgeht und nicht auf ihn folgt. So wird der künstlerische Eindruck verwischt. L. R.

„Der Dorfjunge.“ (Jüdisches Künstlertheater.) Ein jüdischer Fischerbursche verliebt sich in ein Christenmädchen. Er soll aber nach dem Wunsch seines verstorbenen Vaters seine dumme Kusine heiraten, will es auch trotz aller Herzensnöte tun, weil der tote Vater umhergeisterter und den Sohn in Visionen und aus dem Munde des frommen Fischers Chase vor der Hölle warnt. Endlich soll er mit der ungeliebten Halbdiotin unter den Trauhimmel gehen, da kommt die geliebte zusammengebrochene Katscha, und Jankel rennt fort und erhängt sich. Also gar kein „Stück mit Musik und Tanz“, wie man es erwartet, sondern eine Volkstragödie — mit zwei schlechten ersten und zwei guten letzten Akten. Was ist an diesen Stücken jüdisch? Sehr wenig. So gut wie gar nichts. Das kommt daher, daß das Ghettojudentum keine eingelebte wertvolle Kultur hat. Am meisten verwandt ist die jüdische Dramatik mit der deutschen Moderne. Sie hat vor allem von Hauptmann gelernt. Aber das Spiel ist durch und durch jüdisch. Sogar so sehr, daß die beiden Christen im Stück dauernd aus ihrer Natur fallen. Allerdings bringt Sonja Komis als Katscha so viel weibliche Stärke und Reinheit mit, daß man alles Nachdenken vergißt und sie in ihren schönsten Momenten geradezu verehrt. Ihre weinende Rede, der lange tiefe Gesang ihrer verwundeten Seele ist einzig in Berlin, und es ist geradezu ein Wunder, daß sie nicht deutsch spielen kann. Da erst würde das Berliner Kunstpublikum etwas Neues und Hinterhandes kennen lernen. Der „Dorfjunge“ Raies Feders wuchs mit jedem Akt. Dennoch fehlte ihm der schauspielerische Glanz, der

ist für den Gedanken der Einigung kein gutes Zeichen!

Auch diese Art der Berichterstattung ist „für den Gedanken der Einigung kein gutes Zeichen.“

Für Verständigung der Völker

Rundgebung der Berliner Gewerkschaftskommission

Der allmählich sich einstellende Wille aller Völker zur gegenseitigen Verständigung und Verständigung zeigte sich auch in einer Veranstaltung, die gestern vom Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission arrangiert wurde.

Der Leiter des sozialdemokratischen Bildungswesens Belgiens, Henry de Man-Brüssel, wurde vom Vorsitzenden Sabath begrüßt und der Versammlung als Referent des Abends vorgestellt, der über die Frage:

Soll Deutschland zugrunde gehen?

sprach. Der Referent beherrschte ein flüssiges Deutsch und führte aus, daß er bei seinen jeweiligen Besuchen in Deutschland stark das Elend und die Not in Erscheinung treten sah. Aber auch in den Entente-Ländern machen sich die Kriegssorgen stark bemerkbar, und insbesondere die Arbeitslosigkeit ist in den Weststaaten härter noch als in Deutschland. Eine Gesundung ist notwendig auch in Deutschland, von dem die Verhältnisse in den anderen Ländern teilweise abhängen. Dies bezieht sich sowohl auf die wirtschaftlichen als auch auf die politischen Verhältnisse. Der Militarismus hat sich jetzt in Belgien stark herausgebildet, und der Heeresetat für das kleine Belgien ist jetzt größer als der Deutschlands vor dem Kriege. Das Mißtrauen gegen Deutschland ist zwar noch nicht verschwunden, es sei aber notwendig, dies rigoroseren Deportationen von Zehntausenden von belgischen Arbeitern während des Krieges hin, auf die Verschleppung von Maschinen, durch die das Land sehr litt, Tatsachen, die noch heute nachwirken. Nichtsdestoweniger trat aber die

belgische Arbeiterpartei gegen die Maßnahmen der Entente,

z. B. in der Frage der Besetzung von Düsseldorf, auf. Die belgischen Kapitalisten erzählen über Deutschland allerhand Märchen, u. a. das, daß die deutsche Arbeiterklasse bis zu 12 Stunden arbeite, und verlangen dasselbe von den belgischen Arbeitern. De Man erklärt weiter, auf gewisse Reparationen könne nicht verzichtet werden, und die Zerstörungen in Belgien müßten gut gemacht werden.

Würde in Deutschland der Staatsbankrott eintreten, so wäre dies auch der Bankrott Europas. Er erklärt weiter, daß man die Konferenz, die jetzt in Cannes tagt, nicht überschätzen soll. Sei aber einmal die Stundung bewilligt, so wäre damit schon viel gewonnen. Die Arbeiterklasse aller Staaten müsse alle ihre Kräfte einsetzen, um neue Kriege zu verhindern und für die allgemeine Entlassung einzutreten. Das müßten die Richtlinien sein, nach denen die Politik in allen Ländern geführt werden müßte. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo die

Wiederaufrichtung der Internationale,

die Aktionen durchzuführen in der Lage ist, notwendig sei. Der Referent erklärt weiter, daß die sozialistische Arbeiterklasse Belgiens sich nicht dagegen wenden wird, daß die Deutschland auferlegten Reparationen sich nur auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beschränken müssen. Um dies zu gewährleisten, ist's notwendig, daß die gesamte Arbeiterklasse wie ein Mann zusammenstehe. Die Einigung der sozialistischen Parteien wäre notwendiger denn je, und Programmunterschiede dürften kein Hindernis sein, die Kriegsgefahr zu bekämpfen. Der Referent erklärt zum Schluß, daß jede nationale Politik sich auf internationalem Boden bewegen muß. Ein zweites 1914 darf es nicht mehr geben. Durch die deutsche Bourgeoisie ist Deutschland ins Verderben gerissen worden. Er hat aber das Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse, daß sie nie wieder den Militarismus auskommen lassen wird. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung Deutschlands und für den Wiederaufbau Europas, der nur in gemeinsamer Aktion der ganzen Arbeiterklasse möglich ist.

die menschliche Person, die hinter jeder Rolle steht, vergessen macht. Gut war wieder Schelajo als frommer Fischer. Sein Stilles Talmud singt ihm keiner nach. Still, Breite, Humor und meistens auch gute künstlerische Kultur hatte auch der Unterpächter Chaim Schneiders. Endlich müssen auch der Prokop Aros, eine etwas gewaltig gestaltete Figur, am besten im verflochtenen Endakt, und die Braut Bella Belerinas genannt werden: neben Katscha und dem Unterpächter die rundeste Leistung des Abends. Die Regie Schneiders war ausgezeichnet. Nur das Statistenspiel war so tot. Man muß das Milieu leben und reden lassen, auch wo der Dichter es unterlassen hat. A. N.

Die Prostitution. Dieses Thema führte am 4. 1. in der Gesellschaft für Sexualreform zur lebhaften Aussprache zwischen den Anhängern der ärztlichen Kontrolle über die Prostituierten und ihren Gegnern, den Abolitionisten. Dr. Laffer, der das Referat hatte, will auch nichts mehr von der eigentlichen Reglementierung, die eine polizeiliche Maßregelung vorstellt, wissen. Jedoch, gestützt auf seine Beobachtungen und Statistiken, die beweisen, daß bei ärztlicher Kontrolle 7 Prozent geschlechtlich Erkrankter, solchen von 40 Prozent wenn nicht kontrolliert wird, gegenüberstehen, kommt er zur Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Kontrolle aus volkshygienischen Gründen. Von größter Bedeutung jedoch ist das von ihm propagierte neue Verfahren, das er als Disziplinierung der Prostituierten bezeichnet. Es besteht darin, die Prostituierten an die notwendigen Vorbeugungsmittel gegen geschlechtliche Erkrankung zu gewöhnen, indem man sie über die Bedeutung der Geschlechtskrankheit aufklärt und sie mit entsprechenden Desinfektionsmitteln verieht. Während der Okkupationszeit in Warschau waren anfänglich von 1200 registrierten Prostituierten 800 in Krankenhäusern als Geschlechtskranke untergebracht. Nachdem Dr. Laffer systematisch und konsequent die obenerwähnte Prophylaxe durchgeführt hatte, waren von 2400 registrierten Prostituierten nur 85 behandlungsbedürftig. So mächtig war der Erfolg.

Am Berliner Polizeipräsidium wird nun auch dieser Versuch gemacht, vorläufig sehr glücklich. Es wäre nur zu wünschen, daß das, was in Warschau möglich war, auch in Berlin um so mehr durchgeführt werde.

In den nächsten Tagen soll eine Vertreterin der Kontrollgegner zu Worte kommen. Am 16. Januar findet in der Koshstraße im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium eine Generalversammlung über alle Fragen der Sexualreform statt, die für die Gestaltung entsprechenden Gesetzesparagrafen des kommenden Strafgesetzbuches von Bedeutung sind — über Gebärzwang, Ehereform, Prostitution usw. Reichstagsmitglieder verschiedener Parteien haben ihre Teilnahme zugesagt. L. R.

Tages-Notizen

Die Arbeiter von Gerhart Hauptmann sprich Ernst Feilerich am Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Rund-Tischbesprechung, Petrusburger Str. 23.

5. „Melo“-Kammermusikabend (Künstlerischer Leiter: Felix Blüthel) Mittwochs, den 11. Januar 1923, abends 7 1/2 Uhr, „Sturm“-Ausschuss, Petrusburger Straße 134a I. Vordr. Leitung: H. W. Müller und Alexander von Nimsky-Koskalam. Aufführende: Blüthel, Kollmann, der Stanloper, James Simon (Klavier).

Im Anschluß hieran berichtete Sassenbach über seine persönlichen Erfahrungen in Italien, England, Frankreich und Belgien. Auch in diesen Ländern hätte sich in der letzten Zeit sehr viel geändert. Der durch den Krieg gezeichnete Haß hat sich wesentlich gemindert. Es sei notwendig, daß die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder sich besser kennen lernt. Sassenbach erinnert an seinen Zwischenfall in Belgien, als er verhindert worden ist, zu sprechen. Diesem reaktionären Versuch sei die Arbeiterklasse in spontanen Demonstrationen entgegengetreten. Auch die

Haltung der französischen Arbeiterklasse ist jetzt eine viel bessere geworden.

ein Umstand, der bei uns zu wenig bekannt ist. Für den Wiederaufbau sei es notwendig, ein enges Zusammenarbeiten mit den französischen Gewerkschaften herbeizuführen. Sassenbach stellt weiter fest, daß zwischen den französischen und deutschen Gewerkschaften jetzt ein innigeres Verhältnis besteht als vor dem Kriege. In Italien und England liegen die Verhältnisse ähnlich. Es sei notwendig, darauf hinzuwirken, das unfruchtbare Vorurteil, das über Deutschland besteht, zu beseitigen. Er erklärt zum Schluß, daß eine Einigung der deutschen Arbeiterklasse die beste Garantie für die deutsche Republik und für die Wiederherstellung der freundschaftlichen und wirtschaftspolitischen Beziehungen mit dem Ausland geben würde.

Englands Bericht

E. E. Paris, 10. Januar.

Es steht nunmehr endgültig fest, daß Deutschland im Jahre 1922 720 Millionen Goldmark zu bezahlen haben wird. Davon würde Belgien 80 und Frankreich 140 Millionen Goldmark erhalten, England verzichtet vollständig auf seinen Reparationsanteil. Frankreich erhält außer der genannten Summe selbstverständlich noch Naturalieferungen, so daß sein Reparationsanteil für 1922 in keiner Weise geschmälert wird. Die französischen Delegierten erklärten zunächst den Betrag von 140 Mill. Mark für unzureichend und forderten 200 Millionen. Hiergegen protestierte jedoch Belgien. Die belgischen Vertreter erklärten, daß Belgien auf die gesamten Zahlungen von 1922 Anspruch erheben könnte, sie wandten sich aber auch dagegen, daß Frankreich der Wert der Saatgruben jetzt schon mit 300 Millionen Mark angerechnet werde. Diese Summe müsse vielmehr auf Frankreichs Schutzkonto gebucht werden.

Loucheur und Briand richteten gestern Abend nach eingehender Unterredung an Millerand ein Telegramm, um ihn über die Lage zu unterrichten und ihm zu erklären, daß sie gewillt seien, um jeden Konflikt aus der Welt zu schaffen, alle möglichen Zugeständnisse zu machen, sich also mit 140 Millionen zu begnügen, unter der Bedingung jedoch, daß der Wert der Saatgruben nicht sofort in Anrechnung gebracht werde.

Italien erhält von den nächsten deutschen Zahlungen nichts. Nur wird ihm gestattet, die 170 Millionen Lire zu behalten, die sich bereits bei Ausbruch des Krieges bei der Banco d'Italia befanden, dort beschlagnahmt und später für gemeinsames Eigentum der Alliierten erklärt wurden.

Amerikas Hilfsaktion für Rußland

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Riga vom 9. Januar: Hier weilte, von London kommend auf der Durchreise nach Moskau, der Leiter der amerikanischen Hilfsaktion für Rußland, Colonel Haskell. In einer Unterhaltung mit einem Pressevertreter teilte er mit, es sei beschlossen worden, die Hilfsaktion für Rußland im Februar ganz bedeutend auszuweihen. Es sollen nicht wie bisher nur Kinder, sondern auch Erwachsene gesammelt werden, und zwar anstatt der einen Million Kinder in Zukunft zwei Millionen Kinder und dazu fünf bis zehn Millionen Erwachsene. Die Sowjetregierung habe zu diesem Zweck 200 Lokomotiven und 8000 Waggons bereitgestellt. Es seien von der Regierung der Vereinigten Staaten gespendete zwanzig Millionen Bushels Korn bereits unterwegs und weiterhin sei der von Amerika für Moskau gewährte Kredit von zwanzig Millionen Dollars schon für Getreidekäufe verwandt worden. In den baltischen Häfen treffen mit jedem Tage größere Mengen für Rußland bestimmter Lebensmittel ein.

Ungezügelter Latendrang der Schupo

Beim Umschlagsteueramt Stralauer Straße, in dem vorzugsweise die Abfertigung der Straßenhändler vorgenommen wird, ist der Andrang täglich so groß, daß zwei Schupobeamte allein damit beschäftigt sind, die anstehende „Schlange“ in Ordnung zu halten. Die Abfertigung für die Straßenhändler ist so zeitraubend, daß sie oftmals mit Recht über die langsame Abfertigung ungeduldet sind. Ein Gang zum Umschlagsteueramt ist Reis für die Straßenhändler mit dem Verlust eines Arbeitstages verbunden. Warum bei dem Umschlagsteueramt in der Stralauer Straße nichts für die Befreiung der Mißstände getan wird, bedarf einer gründlichen Untersuchung. Leitende Beamte dieser Abteilung scheinen sich zu stark mit anderen Sorgen zu belasten und dadurch keine Zeit für ihre eigentliche Tätigkeit zu finden. Eine recht kluge Meinung von den Betriebsräten und wenig Achtung vor dem Gesetz scheint insbesondere der dort mit der teilweisen Leitung beauftragte Revisor Irrgang zu haben. Folgender Vorfall kennzeichnet so recht den Geist dieses Herrn:

Nach einer Verhandlung mit dem Gesamtbetriebsrat begaben sich der Vorsitzende und der Schriftführer des Betriebsrates zu der Dienststelle Stralauer Straße, um dienstliche Verhandlungen zu führen. Dort angekommen, fanden sie den überaus engen Korridor mit Jenseits dicht besetzt, die von zwei Schupobeamten, deren Funktionen sich auf den Straßenverkehr zu erstrecken haben, links und rechts an die Wände gedrängt wurden. Als der Vorsitzende des Betriebsrates an einem dieser Schupobeamten vorüberging, äußerte dieser: „Sind Sie eingeladen, Herr?“ Worauf ihm erwidert wurde: „Jawohl, ich bin eingeladen, ich bin Vorsitzender des Betriebsrates!“ Dieser Schupobeamte folgte darauf den Betriebsratsmitgliedern widerrechtlich in die Diesträume nach und äußerte: „Wenn ich Sie wieder mal frage, haben Sie mir anständig zu antworten.“ Worauf ihm vom Betriebsratsvorsitzenden entgegnet wurde: „Nach Ihrem jetzigen Auftreten ersehe ich, daß ich Ihnen viel zu antständig geantwortet habe. Sie haben in diesen Räumen nichts zu suchen, verzerrchen Sie keine Störungen und verlassen Sie sofort dieses Zimmer, ich fordere Sie als Betriebsratsvorsitzenden dazu auf.“ Hierbei zeigte ihm der Vorsitzende Walfher seine Legitimation.

Trotzdem verließ der Sipo erst nach 4 bis 5 maliger Aufforderung den Raum, nicht ohne vorher im Nebenraum nach die Drohung zu gebrauchen, er würde den Vorsitzenden melden. Er wurde vom Vorsitzenden des Betriebsrates ermahnt, dies zu tun, Drohungen aber zu unterlassen und nunmehr sofort den Raum zu verlassen.

Nach einiger Zeit kam dieser Schupobeamte nochmals in Begleitung des Revisors Irrgang ins Zimmer und stellte an letzteren die Frage: „Ist der Betriebsrat?“ Worauf der Revisor Irrgang antwortete: „Ja, der nennlich!“

Der Schupobeamte fragte nun den Revisor Irrgang, ob er den ausschmelzen solle, worauf Irrgang äußerte: „Ja, schmelzen Sie

den raus". Der Schupobeamte fragte zurück: Uebernehmen Sie die Verantwortung? Worauf Jergang wieder bemerkte: "Ja, ich meine Sie den raus." Diese Bemerkung hat Jergang 3-4 mal gemacht. Der Betriebsratsvorsitzende bemerkte jetzt: "Herr Jergang, wenn Sie und der Schupobeamte Handlungen begehen, die mit den Strafbestimmungen kollidieren, so werden Sie beide es zu verantworten haben."

Der Betriebsrat des Umfahrueramtes verlangt in Verfolg dieses Vorganges mit vollem Recht vom Magistrat die Beilegung des Revisors Jergang von seinem Posten. Aber ebenso dringend notwendig ist, daß das Kommando der Schupo dafür Sorge trägt, daß ihre Beamten schleunigst mit den Kenntnissen versehen werden, die zur Ausübung ihres Dienstes unerläßliche Vorbedingung sind. Ganz besonders aber muß gefordert werden, daß das anstehende Wesen einer Anzahl Schupo-Beamten eine gründliche Korrektur erfährt. Es scheint so, daß bei der Schupo manche Beamten tätig sind, die ihre frühere Tätigkeit in der Rekrutenstube auf den Berliner Straßen fortsetzen wollen.

Sabotage der Familienversicherung

Der Einführung der Familienversicherung bei den dem Verbanne der Krankenfälle im Bezirk des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin angehörenden Kassen stellen sich immer wieder neue Hindernisse entgegen. Nach dem am 21. Dezember 1921 zwischen den Ärzten und Kassenvorstellern getroffenen und schriftlich niedergelegten Vereinbarungen dürfte gehofft werden, daß die freie ärztliche Behandlung für diejenigen versicherten Familienmitglieder, die im Haushalt des Versicherten leben spätestens am 1. Februar 1922 zur Einführung gelangen würde. Dieser Schluß hat sich als falsch herausgestellt, da die vereinigten Vorstände und Ausschüsse des Groß-Berliner Ärztebundes und seiner wirtschaftlichen Abteilung in einer am 27. Dezember stattgefundenen Versammlung wieder eine ganze Reihe Forderungen stellten, von welchen während der monatelangen Unterhandlungen noch nicht die Rede gewesen war.

Der neugewählte Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat hierzu in seiner ersten, am 2. Januar stattgefundenen Sitzung Stellung genommen und seiner Entrüstung über das fortwährende Hinziehen dieser wichtigen Angelegenheit Ausdruck verliehen. Er hält ganz besonders die neuen Forderungen der Ärzteschaft:

"Jede Ueberweisung von Familienangehörigen in Polikliniken, Behandlungs- oder Beratungsinstituten, sowie an Fürsorgestellen durch die Kassen ist unzulässig."

"Klinische ärztliche Leistungen unterliegen in jedem Falle der Vereinbarung zwischen dem Arzt und dem Patienten, sie sind, sofern nicht die Kosten hierfür von den Kassen übernommen werden, in die Versicherung nicht miteinbezogen."

"Für sämtliche unmittelbaren Unkosten der Behandlung ist der Arzt berechtigt, von den Patienten Ersatz zu beanspruchen."

für unerfüllbar, weil antizipal und hat die mit den Verhandlungen übertragenden Kassenvorleiter zu energischer Ablehnung derselben aufgefordert.

Stadtverordnetenwahlen in Draniensburg

Am letzten Sonntag fanden in Draniensburg die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt.

Das Ergebnis ist folgendes:

U. S. P.	1892 Stimmen, 11 Mandate
S. P. D.	543 " 3 "
K. P. D.	364 " 2 "

Soz. Parteien 2799 Stimmen, 16 Mandate

Ordnungsbund 2348 Stimmen, 13 Mandate

Wirtschaftspartei 524 " 3 "

Beamtenliste 666 " 4 "

Bürgerblock 3538 Stimmen, 20 Mandate.

(Im alten Parlament hatten die U. S. P. und K. P. D. zusammen 11 Mandate.)

Gegenüber der Landtagswahl hat die U. S. P. D. 389 Stimmen gewonnen, dagegen hat die S. P. D. 409 Stimmen verloren, ebenso hat die K. P. D. 323 Stimmen verloren.

Zunahme der Feuerbestattungen

Seit der Einführung der Feuerbestattung bedauert sich die Zahl der Einäscherungen in den zur Zeit bestehenden 55 Krematorien im Deutschen Reich bis Ende des vergangenen Jahres auf rund 170 000. Wenn im Monat Oktober des Vorjahres wurden 1587 Personen einäschert gegen 1289 in demselben Monat des Jahres 1920. Krematorien befinden sich jetzt in folgenden Städten: Augsburg, Baden-Baden, Berlin, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Coburg, Danzig, Darmstadt, Dessau, Dresden, Eisenach, Eppingen, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Friedberg i. H., Gera, Göttingen, Görlitz, Gotha, Greifswald, Hagen i. W., Halle a. d. Saale, Hamburg, Heidelberg, Heilbronn, Hirschberg i. Schl., Jena, Karlsruhe, Kiel, Königsberg i. Pr., Konstanz, Krefeld, Leipzig, Lübeck, Mainz, Mannheim, Meiningen, München, Nürnberg, Offenbach a. M., Plauen, Pöthen, Reuslingen, Rudolstadt, Sonneberg i. Th., Stuttgart, Tilsit, Treptow-Berlin, Ufm, Weimar, Wiesbaden, Zittau und Zwickau i. S.

Der Messerstecher vom Kurfürstendamm, der 44 Jahre alte Arbeiter Paul Beech aus Spandau, der am Abend des Neujahrstages den Unterwachtmeister Erich Hofengart mit einem Messer niederstach, so daß er seiner Verletzung erlag, ist gestern vormittag in der Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses verstorben. Er war, wie erinnertlich, durch einen Kameraden des Hofengart niedergeschossen worden.

Gewerkschaftliches

Lohnpolitik und fachlicher Nachwuchs

In unserer Jahresschau wies wir auf die Ziele der in Berlin verfolgten Lohnpolitik der Gewerkschaften hin, einen Ausgleich der Löhne herbeizuführen und die Lohnspanne zwischen gelerntem und ungelerten Arbeitern zu verringern. Dies ist auch mit Erfolg für große Arbeiterkategorien, wie in der Metallindustrie, erreicht worden. Fast alle Gewerkschaften vertreten diese Politik theoretisch und praktisch, die aber den Unternehmern nicht gefällt, denn ihnen liegt daran, Scheidewände zwischen den einzelnen Berufsständen anzuhalten und bei Wirtschaftskrisen diese Gruppen nach dem Rezept „teile und herrsche“ gegeneinander auszuspielen. Die Arbeiterkategorie ist zum Glück geklärt genug, um den Unternehmern die falsche Schulter zu zeigen und nach wie vor eine Lohnpolitik zu verfolgen, die ein ausreichendes Existenzminimum für alle in einem Beruf Tätigen zum Inhalt hat. Weisheit ist doch auch, daß „hohe“ Löhne einiger Sondergruppen immer im Gefahr sind, wenn unterläufige Schichten im selben Beruf tätig sind. Diese einfachen Schlussfolgerungen sind Gemeingut wenigstens der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Das paßt aber den Unternehmern und den von ihnen abhängigen Organen nicht. So finden wir in einer Berliner Korrespondenz einen Kommentar zum Bauarbeiterstreik, der sich mit dieser Lohnpolitik befähigt und den Schluß zieht, daß diese von den Organisationen verfolgten Ziele einen — Mangel an Nachwuchs im Baugewerbe zur Folge haben werden. Wie kommt der Kommentator zu dieser Weisheit?

Die Lohnspanne, erklärt er, ist bei den Bauarbeitern sehr minimal und beträgt etwas über eine halbe Mark. Deshalb wäre der Anreiz geschwunden, das Bauerehandwerk zu erlernen, denn „der verhältnismäßig höhere Verdienst der Hilfsarbeiter“ wird viele Eltern veranlassen, ihre Jungen nicht in eine 3-4jährige Lehrzeit zu geben, sondern sie gleich als Handlanger arbeiten lassen.

Da unser ganzes Lehrlingswesen noch sehr rückständig ist und Lehrlinge vielfach nur als billige Ausbeutungsobjekte mit langer vertraglich verpflichteter Lehrzeit angesehen werden, deren Entlohnung in Betreffsleistungen bezieht, so liegt es nur an den Unternehmern in den jeweiligen Berufen, in denen nur ein spärlicher Fachnachwuchs zu verzeichnen ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für Lehrlinge so günstig zu gestalten, daß viele dieser Beruf ergreifen würden.

Im Bauhandwerk liegen die Verhältnisse noch besonders gerätet. Eine bautechnische Rückständigkeit bei uns stellt an das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter besondere Anforderungen, zu denen die Unbeständigkeit der Beschäftigung hinzukommt, Momente, die nicht geeignet sind, diesen Beruf massenhaft zu ergreifen. Hier hilft zunächst nur sehr gute Bezahlung, die einen Ausgleich für Arbeitsstörungen durch Frost usw. schafft. In den Vereinigten Staaten mit seinen riesigen Bauten besteht und bestand nie ein Mangel an Bauarbeitern, denn seit vielen Jahren ist die 44-Stunden-Woche eingeführt, und die amerikanischen Bauarbeiter haben die höchsten Löhne. Hinzukommt eine vollendete Bauhilfstechnik, die an die Körperkräfte der Bauarbeiter fast keine Anforderungen stellt. Der Maurer z. B. arbeitet mit — steilem Stechgerät und Kraxen auf dem Bau und benötigt ebenso wie die Eisenbahnarbeiter federnde Arbeitshandschuhe, um die Hände zu schonen.

Wenn sich die deutschen Kaufmanns technisch-organisatorisch reorganisieren und eine weniger bornierte Lohnpolitik beschließen würden, wir wüßten, es gäbe in kurzer Zeit soviel Bauarbeiter, als sie nur angeht wünschlich. Also Ihr Herren Bauunternehmer, handelt entsprechend, dann ist jegliches künftige Lament überflüssig.

Der „Komba“ kneift weiter!

Der Nr. 1 der Deutschen Techniker-Zeitung, der Bundes-Zeitschrift der technischen Angestellten und Beamten, entnehmen wir die folgenden Zeilen, die das Bild des „Komba“, über den wir wiederholt geschrieben, würdig abschließen:

Der „Komba“ hat unsere „Öffentliche Aufforderung“ vom 7. Oktober 1921 (Nr. 25 des „Techn. Gemeindebeamten“) und unsere wiederholte Aufforderung vom 9. Dezember (Nr. 29 des „Techn. Gemeindebeamten“) zur Erbringung des Mitgliedsbeweises für seine Mitgliederzahlen bis heute nicht beantwortet. Oder muß er sich etwa erst selbst durch seine Rundfrage in Nr. 42 der „Rundschau“ vom 15. Oktober die Unterlagen für seine wiederholte mit so unerhörter Kühnheit hinausposaunten Mitgliederzahlen beschaffen? Zunächst ist es natürlich ein starkes Stück, mit Zahlen zu operieren, die man selbst nicht kennt und also nicht beweisen kann, außerdem ist aber dieser Fragebogen keine Grundlage für den Beweis, den wir fordern. Denn in der Komba-Fachgruppe „Technik, Betrieb und Verkehr“ werden zahllose Unterbeamte und die Bureaubeamten der Werke erfasst, die wir gar nicht organisieren, nach einer Notiz in Nr. 43 der „Rundschau“ gehören dazu sogar die — Forstbeamten. Das Schweigen des „Komba“ ist der beste Beweis für seine demagogische Agitationsweise und seine Ohnmacht, Techniker zu organisieren. Techniker vertreten kann nur eine Techniker-Gewerkschaft!

Zur Rußlandhilfe. Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund gecharterte Dampfer „Christian Ruf“, der am 28. Dezember 1921 mit einer Ladung von 1100 Tonnen Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die Notleidenden in Rußland an Bord, von Hamburg nach Riga abfuhr, ist einer dem Internationalen Gewerkschaftsbund zugegangenen Nachricht zufolge, am 2. Januar wohlbehalten im Rigaer Hafen eingetroffen. Der erste aus 47 Waggons bestehende Zug ist am 5. d. M. von Riga nach dem Distrikt Chuvosch abgegangen.

Betriebsrätebewegung des Auslandes

Der Nr. 32 des Korrespondenzblattes des Organs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir die folgenden Mitteilungen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei ist außerordentlich rührig. Dies ist um so mehr anzuerkennen, als bei der nationalen Zerrissenheit der Tschechoslowakei, in welcher die Deutschen die Minderheitsgruppe bilden, die Arbeit für die deutschen Gewerkschaften an sich schon erschwert ist. Nichtsdestoweniger werden aber systematisch für die Gewerkschaftsmittelglieder Broschüren über gewerkschaftliche Zeitzagen herausgegeben, die über alle gewerkschaftspolitischen Fragen Aufschluß geben. Die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei für die Betriebsräte ist umso mehr beachtenswert, als bislang in diesem Lande nur für die im Bergbau Beschäftigten ein Betriebsrätegesetz bestand, während dasselbe für die übrigen Berufe zwar im August vorigen Jahres festgelegt ist, aber erst am 1. Januar 1922 in Kraft tritt. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ist also schon sehr gute Vorarbeit geleistet worden. Insbesondere hat im Juli letzten Jahres eine große Veranstaltung für die Lehrkräfte der Betriebsräte in Teplich stattgefunden, in der interne Fragen behandelt und weitere Beschlüsse gefaßt wurden, die darin gipfeln, die Betriebsrätebewegung in der Tschechoslowakei vorwärtszubringen.

U. S. P. Genossen der Doram G. m. b. H. Ka. D. Kothelstraße. Am Donnerstag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, Fraktionsversammlung im Lokal von Lokal, Deymstraße. — Der Fraktionsvorsitzende.

Verbindlich erklärter Tarif. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 13. 12. 1921 IV D. 637, ist der für die Angestellten des Samt- und Seidenwaren-Großhandels am 26. 10. 1921 abgeschlossene Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin allgemeinverbindlich erklärt worden. Auszuführt durch den Zentralverband der Angestellten, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 7-10.

Propagierende Unternehmerforderungen in Polen. Zur Erörterung der durch die Wirtschaftskrise in der Polener Industrie geschaffenen Lage hielten die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer eine gemeinsame Konferenz ab. Obwohl die Lesung laut der amtlichen Statistik gegenüber den Vormonaten noch gestiegen ist, verlangen die Industriellen einen Abbau der Löhne und die Aufhebung des Achtstundentages. Zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit wurde seitens der Unternehmer die Ausweisung öffentlicher Arbeiten durch den Staat angeregt.

Beteiligung der tschechoslowakischen Bergarbeiter am Gewinn. Infolge des am 1. Dezember 1921 ins Leben getretenen Gesetzes sind die Bergwerksunternehmungen in der Tschechoslowakei verpflichtet, von dem Teil des Profits, welcher als Dividende ausgeschüttet wird, 10 Prozent den Wohlfahrts-Einrichtungen der Bergarbeiter zuzuführen. Das englische Bergwerksgesetz von 1921 (nach dem großen Kohlenstreik) sieht auch eine gewisse Beteiligung der Bergarbeiter vor; dort wird aber ein Teil des Profits für Lohnzuschüsse verwendet.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 11. Januar

13. Vermählungsfeier, 1881, Niederbarnow. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung in der Schule Berliner Straße (Zeichenamt).

15. Verwaltungsratswahl (Ehrl. Johannisthal). Abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jubiläum der Schreiner, Friedrichstr. 6.

14. Militär. 2. Abteilung. Jubiläum diesmal bei Röhmann, Glöbe, Jandl. Tempelhof. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jubiläum in der Gemeindeschule Friedrich-Wilhelm. 8. Ede Werderstraße (Kellerräume).

14. Militär-Stadt. Viertel. Viertel. 7 1/2 Uhr Jubiläum in der Turnhalle Siedersdorf.

14. Militär-Stadt. Viertel. Viertel. 7 1/2 Uhr Jubiläum in der Turnhalle Siedersdorf. 1. Abt. bei Rappel; 2. Abt. bei Meier und Rietz; 3. Abt. bei Lichtmann; 4. Abt. bei Jüdel; 5. Abt. bei Riemer Baum.

14. Militär-Stadt. Viertel. Viertel. 7 1/2 Uhr Jubiläum in der Turnhalle Siedersdorf. 1. Abt. bei Rappel; 2. Abt. bei Meier und Rietz; 3. Abt. bei Lichtmann; 4. Abt. bei Jüdel; 5. Abt. bei Riemer Baum.

Donnerstag, 12. Januar

2. Militär (Wedding). Abends 7 Uhr Trauungsfeier in der Schule Böttcher Straße 47-48. Vortrag der Genossin Hoffmann „Die letzte Kaffierung des Kindes“.

Freitag, 13. Januar

14. Militär-Stadt und -Land. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungsausschüsse der 1. Abt. bei Rappel, 2. Abt. bei Meier und Rietz, 3. Abt. bei Lichtmann, 4. Abt. bei Jüdel, 5. Abt. bei Riemer Baum.

Bereinskalender

Mittwoch, 11. Januar

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Gruppe Danziger. Abends 6 Uhr im Lokal von Herten, Reichstr. 15, allgemeine Versammlung. Tagesordnung: Rüdigen mit den Tarifverträgen.

Donnerstag, 12. Januar

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin. Bergmann-Konzert. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Müller-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31 — Kranzstätten-Angestellten. Nachm. 4 Uhr Funktionär-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-25.

Freitag, 13. Januar

Vereinskalender proletarischer Arbeiterverbände. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Rathaus in Berlin (Eingang Unterbreiten), Zimmer 100 3 Tr. Tagesordnung: 1. Bericht über unsere Entwicklung. Referent: Genosse Lorenz. 2. Die Rechtmittelbesetzung der Schulklassen. Referent: Genosse Kraus-Hoffel. Beiträge sowie Aufnahmen werden in der Versammlung entgegengenommen. Regere Beteiligung wird erwartet.

Unsern eingelegten Manifesten werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beiliegt ist. Das gleiche gilt für Antworten aus dem Lesertreue.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Stieblich, Berlin-Friedrichstr. 100. Verantwortlich für Redaktion: Leo Stieblich, Berlin-Friedrichstr. 100. Verantwortlich für Druck: Leo Stieblich, Berlin-Friedrichstr. 100.

Botenfrauen sofort gesucht

- Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9
- Expedition Stimming Lichtenberg, Weichselstraße 28
- Expedition Wuhly Choriner Straße 68
- Expedition Franke Genter Straße 34
- Expedition Lohmann Hufitenstraße 43
- Expedition Franzen Wittstocker Straße 19
- Expedition Wengels D, Cadiner Straße 11
- Kour: Frucht, Obeling- und Ebertzstraße
- Expedition Sinner Thaliger Straße 101

Expedition Spickermann Bankow, Mühlenstr. 20
Expedition Pachmann Stargarder Straße 13
Expedition Krüger Neukölln, Emser Str. 32

Das Leben des Süßwassers
Ein gemeinverfügbares Biologie- und Zoologie-Buch von Dr. Ernst Haeckel, 336 Seiten mit 229 Abbildungen im Text, 16 Tafeln und einem farbigen Titelbild.
Preis broschiert 25.— Mk.

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Annahme in allen Expeditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Kreuzfische, Wasserschnecken, sämtliche Bekleidungen (Leinwand, Seide, Wolle, etc.) — Angler, Perlen, Schmuck, Uhren, etc. — Preisliste, 100 Seiten, 10 Pf.

Stammverträge
Ermöglicht den Verkaufer, seinen Vermögensgegenstand zu veräußern, ohne den Kaufpreis zu zahlen. Preis 100 Pf.

Wichtige Weltweite
ermöglicht den Verkaufer, seinen Vermögensgegenstand zu veräußern, ohne den Kaufpreis zu zahlen. Preis 100 Pf.

Möbel
Kleiner, moderner, mit 2. ohne Anrichte, lackiert, in 2. oder 3. Ordnung, Preis 100 Pf.

Werkzeuge u. Maschinen
Kleiner, moderner, mit 2. ohne Anrichte, lackiert, in 2. oder 3. Ordnung, Preis 100 Pf.

Werkzeuge u. Maschinen
Kleiner, moderner, mit 2. ohne Anrichte, lackiert, in 2. oder 3. Ordnung, Preis 100 Pf.

Fahrräder
Kleiner, moderner, mit 2. ohne Anrichte, lackiert, in 2. oder 3. Ordnung, Preis 100 Pf.

Das Übersichtsverzeichnis 2.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.75 Mk., netto. Stellenanzeigen: Übersichtsverzeichnis 2.—, jedes weitere Wort 1. Text 1.50 Mk.